

Ausschuss für Inneres und Sport
(104. Sitzung am 3. November 2016)

Beratungsthemen:

1. Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung

Der Ausschuss bat auf Antrag der FDP-Fraktion die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung über die Richtlinie des MI zur Öffentlichkeitsarbeit der Polizei.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5422](#)

Der Ausschuss hörte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zum Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen in Vorlage 19 zu Artikel 4 des Gesetzentwurfs an.

Sodann setzte er die Beratung zu Artikel 1 fort und beriet die Artikel 2 und 3.

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Artikels 4. Er kam überein, die Beratung dieses Artikels und der Anregungen der kommunalen Spitzenverbände auf der Grundlage weiterer Vorschläge des GBD und der Landesregierung zu den noch offenen Fragen fortzusetzen. Damit soll auch eine Fortsetzung der Diskussion mit den kommunalen Spitzenverbänden über etwaige weitere Änderungen des Artikels 4 ermöglicht werden. Nach dem Vorliegen dieser Änderungsvorschläge soll die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zu diesen erneut mündlich angehört werden.

3. Mehr Schutz für die Menschen in Niedersachsen vor Terror und Kriminalität - die Landesregierung muss endlich umdenken!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6238](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. Unterrichtung durch die Landesregierung zur Durchsichtung des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim am 27. Juli 2016

Dieser Punkt wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

5. Videoüberwachung ist ein wertvolles Instrument für mehr Sicherheit - Die Landesregierung muss es stärker nutzen und bessere rechtliche Voraussetzungen schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6682](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und bat die Landesregierung - zu Themen, die die Geschäftsbereiche von MI und MW betreffen - sowie die Landesbeauftragte für den Datenschutz um eine mündliche Unterrichtung.